

Berlin Brief

von Josip Juratovic, Mitglied des Deutschen Bundestages

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,
sehr geehrte Damen und Herren,

am 20. Januar wurde mit der **Niedersachsen-Wahl** deutlich: Rot-Grün ist die Zukunft für unser Land. Niedersachsen war die zwölfte Landtagswahl in Folge, bei der CDU und FDP verlieren. Es war ein knappes Ergebnis, der Wahlabend war deutlich spannender als der nachfolgende Tatort. Am Ende lag Rot-Grün vorne. Das zeigt: Das Rennen in Deutschland ist offen. SPD und Grüne werden in den kommenden Monaten alles daran setzen, dass es im September bei der Bundestagswahl für eine rot-grüne Koalition reicht! Niedersachsen hat gezeigt, dass es nicht ausreicht, einen Spitzenkandidaten mit hohen Sympathiewerten zu haben. Sondern es kommt auf eine seriöse Sachpolitik an, mit der man die Menschen überzeugt. So ist das auch auf Bundesebene, und da wird die SPD die richtigen und wichtigen Themen ansprechen.

In dieser Woche haben wir über die **Verlängerung des ISAF-Einsatzes in Afghanistan** abgestimmt. Das Bundeswehrrkontingent soll bis Februar 2014 von 4.400 auf 3.300 Soldatinnen und Soldaten reduziert werden. Damit wird der Rückzug der Bundeswehr fortgesetzt, so wie wir es seit Sommer 2009 fordern. Der bisherige Auftrag der Bundeswehr – Aufbau und Ausbildung der afghanischen Sicherheitskräfte sowie der Schutz der afghanischen Bevölkerung – endet im Dezember 2014. Bis dahin werden die afghanischen Sicherheitskräfte die vollständige und alleinige Verantwortung für die Sicherheit im Land übernehmen. Viele Nachrichten, die wir aus Afghanistan hören, sind keine guten Nachrichten. Dennoch darf dies nicht darüber hinweg täuschen, dass die Gebiete im Norden Afghanistans, in denen die Bundeswehr aktiv ist, in letzter Zeit ruhig waren. Das ist ein gutes Zeichen. Auch die Übergabe der Leitung des Provincial Reconstruction Teams



Berlin-Brief, Ausgabe 132 1. Februar 2013

Meine Termine

Prunksitzung für Menschen mit und ohne Behinderung

1.2.2013, 19 Uhr, Festhalle Kirchart, Schillerstr. 23

Winterwanderung des SPD-Ortsvereins Schwaigern

2.2.2013, 13.45 Uhr, Wanderparkplatz zwischen Schwaigern und Neipperg

Neujahrsempfang DGB Region Heilbronn

4.2.2013, 18.30 Uhr, Heilbronn, Bildungscampus, Dammstr. 1

DGB-Podiumsdiskussion: Mindestlohn, Altersarmut, Rente ab 67

7.2.2013, 19 Uhr, Heilbronn, Gewerkschaftshaus, Gartenstr. 64

Straßenfasching Gundelsheim

12.2.2013, 10.30 Uhr, Gundelsheim

Politischer Aschermittwoch der SPD Baden-Württemberg mit Manuela Schwesig

13.2.2013, 12 Uhr, Ludwigsburg, Forum am Schlosspark, Stuttgarter Str. 33

Josip Juratovic MdB

Abgeordnetenbüro

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel. 030-227-70107

josip.juratovic@bundestag.de

Bürgerbüro

Untere Neckarstr. 50

74072 Heilbronn

Tel. 07131-783616

josip.juratovic@wk.bundestag.de

Im Internet:

www.juratovic.de

Berlin-Brief regelmäßig per E-Mail bekommen? Einfach Bürgerbüro kontaktieren!



(PRT) von der Bundeswehr an die afghanischen Behörden war ein Erfolg. Mir ist eine geordnete Übergabe wichtig. Deshalb habe ich der Mandatsverlängerung, trotz zahlreicher Zweifel an der Situation in Afghanistan, noch einmal zugestimmt.

Ein weiteres außenpolitisches Thema stand diese Woche auf der Tagesordnung: Die steigendes **Rüstungsexporte** Deutschlands. Es gibt viele kritische Diskussionen besonders über Exporte in Spannungsgebiete. Die SPD hat daher einen Antrag gestellt, mit dem wir die Bundesregierung auffordern, bei Rüstungsexporten eine restriktive Genehmigungspraxis anzuwenden. Zudem muss die parlamentarische Kontrolle deutlich verbessert werden: Der Bundestag soll umfassende Informations- und Beteiligungsrechte für Rüstungsexporte erhalten. Ein vertrauliches parlamentarisches Gremium soll eingerichtet werden, das über wichtige anstehende Entscheidungen des Bundessicherheitsrats informiert wird. Der Rüstungsexportbericht der Bundesregierung muss spätestens drei Monate nach dem Kalenderjahr veröffentlicht werden. Nur so können wir sicherstellen, dass Deutschland nicht länger Exportweltmeister für Waffen in Krisengebiete ist.

Ein unwürdiges Spiel der Bundesregierung ist seit mehreren Wochen beim **Arbeitnehmerdatenschutz** zu beobachten. Das Beschäftigtendatenschutzgesetz ist bereits seit langem in der Diskussion. Der Gesetzentwurf der Bundesregierung ist jedoch kein Datenschutzgesetz, sondern ein Arbeitnehmerüberwachungsgesetz! Videoüberwachung, das Einholen von Informationen über Bewerber, Screening und heimliche Datenerhebung, eine spezielle Callcenter-Regelung: Bei all diesen Punkten will die Bundesregierung die Rechte der Arbeitgeber ausweiten und den Schutz der Beschäftigten schwächen. Wir wehren uns dagegen! Dank des parlamentarischen und öffentlichen Drucks hat die Bundesregierung zum zweiten Mal den Gesetzentwurf von der Tagesordnung genommen. Ich hoffe, dass es hier endlich zu substanziellen Verbesserungen kommen wird, befürchte jedoch, dass der Regierungsentwurf in zwei Wochen erneut auf der Tagesordnung stehen wird.

Am Freitag habe ich im Plenum zum **bevorstehenden EU-Beitritt Kroatiens** gesprochen. Kroatien wird am 1. Juli Mitglied der EU. Der Beitrittsprozess hat dazu geführt, dass sich Politik und Gesellschaft in Kroatien modernisiert haben. Die Menschen entscheiden bei Wahlen nicht mehr nach nationalistischen Motiven, sondern nach sozialen und wirtschaftspolitischen Zielen. Dies muss ein Signal für alle Staaten auf dem Westbalkan sein: Sachpolitik statt Nationalismus. Deswegen brauchen wir eine ehrliche Beitrittsperspektive für alle Länder des Westbalkans. Kroatien ist dafür der Anfang. **Meine Rede finden Sie anbei.**

Mit freundlichen Grüßen